

### Vorbemerkung

„... es ist kein Zufall, dass die Bologna-Blase so kurz nach der Finanzblase platzt. In beiden Systemen haben die Verantwortlichen jeden Bezug zur Wirklichkeit verloren. Nachdem Hochschulpolitiker und Wissenschaftsmanager jahrelang den Superlativ vergewaltigt und von einer Exzellenz zur nächsten getaumelt waren, genügt es nun nicht mehr, ein paar Studienpläne nachzubessern.<sup>1</sup> Analogien zwischen dem Zustand der Universitäten und der Wirtschafts- und Finanzwelt sind in der Tat unübersehbar: Verrottende Universitäten und drohende Staatsbankrotte innerhalb der Euro-Zone, Disharmonien bei der Entwicklung des Europäischen Hochschulraumes und beim europäischen Integrationsprozess. Die EU wird derzeit von heftigen (selbstverschuldeten, z.T. auf Bluff und Selbsttäuschung aufgebauten<sup>2</sup>) finanziellen und ökonomischen Krisen gebeutelt mit ungewissem Ausgang, eine Reihe von Ländern (die sog. PIIGS) scheinen sogar existentiell bedroht. Könnte es sein, dass vielleicht gerade das eine Folge der Schaffung dieses Wirtschaftsraumes ist, weil die schwächeren Länder das Tempo der Anpassung nicht mithalten können? Faktum ist: Die Bologna-Hoffnungen haben ebenso wenig wie die Vorgaben von Lissabon bzw. der Solidaritätspakt gehalten. Unter den gegebenen Prämissen verliert die EU zusehends die Potenz, in Wissenschaft und Wirtschaft die führende wettbewerbsfähige Position in der Welt zu erlangen. Die allgemeine Wirtschafts- und Finanzkrise verschärft die Krise der Hochschulen. So gut wie keines der Bologna-Ziele wurde erreicht, unter den aktuellen finanziellen Gegebenheiten und politischen Prioritäten erscheint es reichlich unrealistisch, dass bloß der Status quo hinsichtlich Studienbedingungen, faire Chancen für alle Studierwillige, internationale Mobilität, Betreuungsverhältnisse, die Arbeitsbedingungen der Universitätsangehörigen, die Qualität der Ausbildung, Ausstattung der Universitäten u.dgl. überhaupt stabil gehalten werden kann, von einer Verbesserung ganz zu schweigen. Überall in der EU sind Budgetkürzungen im Hochschulbereich der herrschende Trend, das Ziel, 2% der Wirtschaftsleistung bis 2020 für den Bereich der höheren Bildung zu reservieren, wird zunehmend illusorisch. Viele Länder kämpfen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten und setzen ganz andere Prioritäten, einige Länder sind dabei ihr Hochschulsystem buchstäblich zu zertrümmern, wie Lettland, das die Finanzierung der Universitäten um 50% zurückführt oder Litauen – 10%, Polen, Ungarn – 7%, Irland – 6%, Italien – 10%, Großbritannien kürzt drastisch sein Hochschulbudget trotz steigender Studierendenzahlen usw. Viele Länder können mit dieser restriktiven Hochschulpolitik den Bildungsauftrag nicht mehr erfüllen, unter den herrschenden Bedingungen müssen sie notgedrungen die Qualität der Studien zurückfahren.

Ein Ziel der Bologna-Reform ist, einen (im positiven Sinne) kompetitiven europäischen Hochschulraum zu schaffen. Aktuell konkurrieren gut ausgebaute und entsprechend dotierte Hochschulen mit schwachen und desolaten, Studierende migrieren nach Möglichkeit in die Standorte, wo noch Aufnahmekapazitäten und einigermaßen akzeptable Studienverhältnisse gegeben sind mit dem Effekt, dass sich auch dort allmählich Überfüllung und Infrastrukturmängel einstellen und die Studienqualität am jeweiligen Standort einbricht. Kleinere Universitäten werden in absehbarer Zeit wegen Unterfinanzierung ihren Standard nicht halten können und bestenfalls in Nischen überleben oder zumindest einige Studienrichtungen aus ihrem Angebot liquidieren (müssen). Statt positivem Wettbewerb mit qualitätssteigernden Effekten stellt sich destruktive Verdrängung ein wie in der Wirtschaft auch. Nicht die Qualität sondern

---

<sup>1</sup> FAZNET 28.11.09 <http://www.faz.net/s/homepage.html>

<sup>2</sup> Eva Linsinger – Andrea Rexer: Ausgetrixt. in: Profil Nr.11, 5.3.2010

die ökonomische Macht ist zum entscheidenden Faktor geworden (einige Privatuniversitäten haben schon Bankrott gemacht oder stehen davor).

Die Universitäten befinden sich europaweit in einer gefährlichen Existenzkrise, dass Hochschulpolitiker nicht nur diese nicht vorhergesehen sondern auch keinerlei Strategien für den Fall angedacht haben, dass die Reformprozesse nicht planungskonform verlaufen sollten, ist nicht bloß verwunderlich, sondern eine Tragödie. Die Bologna-Reformen von 1999 waren und sind von den Illusionen getragen, bloß formale Rahmen und Strukturfolien vorgeben zu müssen sowie vom Glauben, dadurch unterschiedliche historisch gewachsene Hochschulkulturen zu einander passkonform und marktgerecht/fähig umgestalten zu können. Die Integration der europäischen Hochschulen in einen einheitlichen Europäischen Hochschulraum / EHR verläuft jedoch ähnlich widersprüchlich und krisenanfällig wie die europäische Integration insgesamt. 2010 hätte der Bologna-Prozess abgeschlossen sein sollen, derzeit befinden wir uns aber eher auf einer Baustelle mit einsatzbereiter Abrissbirne. In Wirklichkeit steht mehr zur Disposition als eine jämmerliche Hochschul- und Bildungspolitik, nämlich die Pleite betriebswirtschafts- bzw. effizienzorientierter Ideologien, insbesondere der Bankrott des neoliberalen Experiments. Um die Bildungspolitik neu aufzustellen muss an der definitiven Demontage dieses neoliberalen Substrats im gesamten ideellen Gesellschaftsentwurf gearbeitet werden.

Die österreichischen Universitäten hatten von Anfang an schlechte Karten, sie sahen sich unter Druck gesetzt, die Bologna-Reformen zügig und vor allem „kostenneutral“ durchzuführen. Sie gerieten angesichts der kaum kalkulierbaren Kosten der Bologna-Reformen, für die sie keine zusätzliche Startfinanzierung erhielten, unter absurde Sparzwänge. Die explodierende Verwaltung fraß Ressourcen, die Institute mussten sich trotz steigender Studierendenzahlen noch mehr einschränken als bisher. Wie in jeder Krise gibt es auch Gewinner. Diese sind insbesondere in den Studienrichtungen zu finden, in denen auch bisher schon strikte Vorgaben, eng definierte Curricula und „ein schneller Durchmarsch“ durch das Studium allgemeiner Konsens und realistisch sind. Es handelt sich dabei meist um neu entstandene Studien (vorwiegend an FH) mit klar definierten Berufsbildern, mit strikt praxisorientierten Curricula und geringen Forschungsaufgaben. Diese Studien hatten / haben keine nennenswerten Schwierigkeiten mit der Bologna-Architektur. Bei allen anderen offenen Studien mit langer Wissenschafts- und Lehrtradition (insbesondere bei geisteswissenschaftlichen Fächern, aber nicht nur bei diesen) wurde die Bologna-Architektur (vor allem der modulare Aufbau der Curricula) als Zwang und Hindernis empfunden. Insbesondere die BA-Studien ließen begründete Befürchtungen hinsichtlich der Qualität der Lehrgänge aufkommen – die Rede von der Dequalifizierung ist dabei keineswegs bloß ein böswilliger Vorwurf von Bologna-Skeptikern, die den „guten alten Zeiten“ nachhängen und in Kulturpessimismus machen.

Angesichts einer unsicheren Zukunft ist es verständlich, dass die Studierendenzahlen steigen, weil die jüngere Generation gegen diese fatalen Trends halten und sich Zukunftsperspektiven durch Bildung sichern will. Daher ist auch angesichts der aktuellen Situation des Hochschulwesens in Europa die studentische Protestbewegung des vergangenen Herbstes fundamentaler geworden und fordert eine schonungs- und vorbehaltlose Analyse der Konzepte, Ziele und Umsetzungen der Bologna-Reformen ein. Und in der Tat ist eine fundamentale Revision und Neuformulierung deren Grundannahmen unumgänglich, wenn ein Ausweg aus dieser Sackgasse gefunden werden soll.

Ironischer Weise fast zeitgleich zu den eben über die Bühne gegangenen Bologna-Feiern wurden seitens der österreichischen Regierung Budgetkürzungen im Hochschulbereich im Ausmaß von 50 Mio € angekündigt, d.h. die Ankündigung eines Szenarios für die kommenden Jahre, das die Hochschulen weiter in die materielle Misere führen wird.

## Problemfelder und Diskurse für den Neustart

Zehn Jahre mussten vergehen, bis endlich die offensichtlichen Mängel der Bologna-Reform zur Kenntnis genommen wurden – trotz schon seit Jahren vorliegender zahlreicher kritischer Erfahrungsberichte. Wären nicht mit der Implementierung von „Bologna“ auch die demokratische Selbstverwaltung der Universitäten aufgehoben worden, so hätten viele negative Effekte rechtzeitig verhindert werden können. Der allgemeine – und internationale – Ärger über Bologna liegt in den z.T. unklaren Zielvorstellungen, die ihrerseits die Hauptursache für die entsprechenden Umsetzungen darstellen. Die offizielle Politik in Österreich hat sich aber allzu schnell auf die Haltung geeinigt, dass vor allem die Umsetzung der Bologna-Reformen „fehlerhaft ist“<sup>3</sup>, was impliziert, dass die Universitäten selbst die unhaltbaren Zustände im Wesentlichen verursacht haben. Das für das Hochschulwesen zuständige Ministerium hat ein 10-Punkteprogramm mit Kernpunkt einer Task-Force angekündigt, darüber hinaus sollen Best-Practice-Beispiele und eine mit der Wirtschaftskammer präsentierte Bachelorfibel, Bologna-Koordinatoren und ein neues Qualitätssicherungsgesetz definitiv klar machen, wo es in der Hochschulpolitik lang gehen soll. Die Autonomie der Universitäten beschränkt sich in diesem Politikverständnis offensichtlich darauf, die Direktiven zur Kenntnis zu nehmen und diese geflissentlichst umzusetzen. Womit sich die Tradition fortsetzt: Fremdbestimmung statt demokratisch (legitimierte) Einbindung wie schon bei der Implementierung so auch bei der Reparatur. Damit werden die herrschenden Zustände prolongiert und kaum beseitigt. Dazu passt, dass der im Herbst groß angekündigte Hochschuldialog kaum in Gang gekommen, mit dem Absprung der Rektoren möglicher Weise schon zu einem Ende gekommen ist, sehr zum Missfallen der Ressortleiterin, die ihnen überdies „mehr Kreativität und Engagement“ bei der Finanzierung der Unis anempfiehlt.<sup>4</sup> (Sollten sie sich vielleicht strategische Anregungen bei der Finanzwirtschaft holen?). Dass die Rektoren aus dem unverbindlichen und letztlich kompetenzlosen Dialogforum aussteigen, ist schon verständlich, schließlich sind die Hochschulen seit Jahrzehnten unterfinanziert, der Nachholbedarf ist enorm und duldet keinen weiteren Aufschub. Die Wortmeldungen aus dem Ministerium können nur dahin gewertet werden, dass die Politik wieder einmal versucht, sich der Verantwortung für gesamtgesellschaftliche Anliegen zu entziehen, wo es doch klar ist, dass selbst ein noch so beherztes individuelles Engagement der Rektoren die Versäumnisse der Politik nicht wettmachen kann. In den folgenden Ausführungen möchte ich einige mir relevant erscheinende Fragen aufwerfen sowie Konzept- und Umsetzungsfehler diskutieren.

### *Bildungsbegriff*

Der Bildungsbegriff nach Bologna ist viel zu eng gefasst und zu rigid den mehr oder weniger vagen Bedürfnissen der Wirtschaft untergeordnet.<sup>5</sup> Es ist ein fundamentaler Konstruktionsfehler (und nicht ein Umsetzungsfehler!) der Bologna-Reform, dass Bildung (im Humboldtischen Sinne) auf ihren Verwertungsaspekt, die Ausbildung reduziert wurde. In den nach Bologna reformierten Universitäten spielt Bildung als Selbst- und Weiterkenntnis, Bildung als Basis für mehr Freiheit nur noch eine untergeordnete Rolle. Wenn utilitaristische, marktorientierte Ausbildung das dominierende ideelle Grundkonzept der Universitäten darstellt, dann findet Bildung als Aufklärung nicht mehr statt. Dieser Konstruktionsfehler widerspiegelt sich auch in den Curricula, die so gut wie keinen Raum für freie individuelle Gestaltung des Studiums sowie Zeit für Persönlichkeitsentwicklung lassen, denn das würde „unnötige Verzögerungen“ und Verlust von „Effizienz“ (gemessen an Input-Output-Parametern) bedeuten. Die Bologna-Reformen haben die Pervertierung der Bildung zur bloßen Ausbildung gebracht.

---

<sup>3</sup> Bundesministerin Karl in Interview der Presse 20.3.2010, S. 5

<sup>4</sup> Vgl. Standard 24.3. 2010 (S. 1 und 7)

<sup>5</sup> Vgl. auch: Clemens Ruthner: Die Misere der Alma Mater „Bolognese“, In: Standard 10.3.2010 S. 35

Klassische d.h. antike Bildungsideale folgten humanistischen Konzepten. Bildung war gedacht „in erster Linie als Programm der Selbstbildung des Menschen, eine Formung und Entfaltung von Körper, Geist und Seele, von Talenten und Begabungen, die den einzelnen zu einem selbstbewussten Teilnehmer am Gemeinwesen und seiner Kultur führen sollte. Gleichzeitig galt Bildung als einzige Möglichkeit, den Menschen aus der Barbarei in die Zivilisation, aus der Unmündigkeit in die Autonomie zu leiten.“<sup>6</sup> Zehn Jahre Bologna-Reform und Umbau des europäischen Hochschulwesens bedeuten hingegen Verdrängung der Emanzipation des Individuums mit dem Ziel der verstärkten kritischen Teilhabe am gesellschaftlichen Prozess und in gesellschaftspolitischer Hinsicht Lähmung und Stagnation. „Nur eine plurale, kritisch-reflexive Wissenschaft kann einen aufklärerischen Beitrag dazu leisten, sowohl Potenziale und Chancen als auch Fehlentwicklungen und Gefährdungen frühzeitig zu erkennen und ihnen gegebenenfalls entgegen zu wirken. Damit dies gelingen kann, muss durch die soziale Öffnung der Hochschulen die Teilhabe möglichst vieler Menschen aus allen Gruppen der Gesellschaft an wissenschaftlicher Bildung gewährleistet werden.“<sup>7</sup>

### *Gesellschaftliche Stellung der Bildung und Hochschulzugang*

Die Erhöhung des Akademiker-Anteils (auf 40-50%) ist auch ein Ziel der Bologna-Reform. In diesem Zusammenhang ist der BA-Abschluss hochschulpolitisch willkommen: Er ist billiger als das Diplomstudium, verspricht mehr Output und eine Verbesserung der statistischen Bilanzen in den internationalen Rankings. Jedoch für die österreichische Hochschulpolitik ist tertiäre Bildung kein Recht sondern ein Privileg, für das gegebenenfalls auch Opfer zu bringen sind, entweder in Form von Studiengebühren oder selektiven Aufnahmeverfahren. Aber darin äußert sich einer der Hauptwidersprüche der aktuellen Hochschulpolitik: Die einander entgegen gesetzten Ziele sind nicht zu vereinen – die Steigerung der Akademikerquote und gleichzeitig die allgemeine Beschränkung der Studentenzahlen – womöglich noch bei Wahrung der Kostenneutralität. Gäbe es einen Anspruch auf (tertiäre) Bildung, so müsste der Studienzugang auch anders organisiert und materiell abgesichert werden. Dass von Hunderten angebotenen Studien nur etwa ein Dutzend dramatisch überfüllt sind, rechtfertigt nicht ein generelles Ende des freien Hochschulzuges. Es ist dies vielmehr eine vorschnelle und allzu bereitwillige Kapitulation der Politik vor einer der wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben. Es käme in erster Linie darauf an, die Maturanten rechtzeitig über die Studiemöglichkeiten zu informieren und ihnen professionelle Entscheidungshilfen zu geben. Das würde eine frühe Kooperation zwischen Universitäten und AHS voraussetzen. Ministerien und Hochschulbürokratien entwickeln hingegen eine geradezu auffällige Kreativität, Studierwillige durch vielfältige Barrieren abzuwimmeln, was zwar nicht selten als „Auswahl der Besten der Besten“ euphemisiert wird, womit verdeckt wird, dass die Nachfrage nach Bildung bei Weitem nicht gedeckt wird / werden kann und die Politik offensichtlich nicht gewillt ist entsprechende Investitionen vorzunehmen. Eine Kanalisierung der Studentenströme (dazu gehört auch die oft praktizierte, öffentlich aber peinlich verschwiegene) Technik des Hinausekelns, kann zwar das Elend der Massenfächer lindern, Zugangsbeschränkungen und selektive Aufnahmeverfahren werden bei gleich bleibender Finanzierungslage die Schere zwischen den Studierwilligen und den tatsächlich Aufgenommenen öffnen. Sozial besser Gestellte können diese Situation umgehen und werden im Ausland oder an einer privaten Universität für sie angenehmere Studienplätze finden.

### *Sinn der Abschlüsse*

---

<sup>6</sup> K.P. Liessmann: Theorie der Unbildung, Wien 2006, S. 54

<sup>7</sup> Das Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule. Vorschlag für die Hochschule der Zukunft. Hans-Böckler-Stiftung 2010, [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)

Wofür steht ein BA, ein MA, ein PhD? Letzterer Abschluss ist noch der eindeutigste, er ist die Eintrittskarte für eine akademische Karriere. Aber ein BA ist im größten Teil Europas ein Novum und nur mit der quantitativen Vorgabe von 6 (in einzelnen Fällen 8) Semestern definiert. Zu erwartende Fertigkeiten wurden nicht ausreichend thematisiert. Leicht verifizierbares Faktum ist, dass etwa ein BA einer technischen Fachdisziplin nicht das (qualitative, inhaltliche) Format eines Dipl. Ing. besitzt und am Arbeitsmarkt daher kaum vermittelbar ist, und dass ein BA der Philologie eine traurige Figur abgibt und ständig Gefahr läuft, sich wegen sprachlicher und kultureller Inkompetenzen in der Praxis zu blamieren etc. Es ist einfach nicht möglich, in sechs Semestern die Qualifikationen zu vermitteln, für die bisher 8-10 Semester aufgewendet wurden.

Wird der BA auf 8 Semester verlängert, was sich abzeichnet, dann ist der Unterschied zu den „alten“ Diplomstudien gering (9 Semester im Schnitt). Dann stellt sich aber die Frage, was ein MA, der dann nur 2 Semester dauern soll (Gesamtstudiendauer BA+MA ist mit 5 Jahren festgelegt) darstellen soll, was in einem 2-semesterigen Aufbaustudium inhaltlich-qualitativ geschafft werden kann. Sicherlich wäre es möglich, den MA der Weiterbildung, dem berufsbegleitenden Studieren vorzubehalten. Aber das muss studienrichtungsspezifisch entschieden werden. Auf jeden Fall müssen die erst zwei Jahre alten Curricula völlig neu überarbeitet werden, so gesehen eine permanente chronische Entwicklungsarbeit mit völlig offenem Ende ... (Die Diplomstudienpläne hielten im Prinzip Jahrzehnte).

#### *Curriculare Struktur und Studiendauer*

Bei der Curriculums-Entwicklung wurde explizit „Praxisnähe“ bzw. Employability eingefordert, ohne dass konkretisiert wurde, was darunter wirklich zu verstehen ist. Das hat dazu geführt, dass verschiedene Studienrichtungen bei der Curriculumsentwicklung die Qualitätsstandards eines Diplomstudiums als Maßstab nahmen und die BA-Curricula heillos überluden, sodass deren Studierbarkeit darunter litt, was zur Folge hat, dass die Curricula – eben erst implementiert – schon wieder überarbeitet werden müssen. Es gibt aber auch Beispiele der Unterforderung, nicht alle Studien wurden mit Lehrinhalten überfrachtet. Viele Curricula wurden so ausgedünnt, dass viele Studierende in größerem Ausmaß als früher (d.h. bei den Diplomstudien) Doppel- und Dreifachstudien belegen und absolvieren (gefördert auch von der großzügigen gegenseitigen Anrechnungspraxis). An den neuen Pädagogischen Hochschulen (zumindest in Wien) ist es im Zuge der Umstellung auf BA-Lehrgänge sogar zu einer beträchtlichen Reduktion der Lehre gekommen: Ein 6-semesteriges Studium umfasste an den Pädagogischen Akademien, bevor sie in PH ungewandelt wurden, 164 Semesterwochenstunden, die jetzt nach der Umstellung auf effektive 120 Semesterwochenstunden (= 180 ECTS, 1 Semesterwochenstunde = 1,5 ECTS ) gekürzt wurden, immerhin eine Einsparung von einem Viertel der Lehre (mit bisher nicht evaluierten Auswirkungen auf die Qualität der Ausbildung)<sup>8</sup>. Da es keine inhaltlichen Vorgaben zum BA-Abschluss gab und gibt, sind derartige Diskrepanzen bei der Curriculumsentwicklung beinahe schon zwangsläufig.

Das Konzept für die Erstellung der modularen Struktur der Curricula und für die prognostizierte Studiendauer (6 Semester für den BA, 4 Semester für den MA) ging / geht von falschen Gegebenheiten aus: 60% der Studierenden arbeiten, d.h. der arbeitende Student ist der Normalfall. Die Curricula nehmen darauf eben so wenig Rücksicht wie die theoretisch angenommene Studiendauer. M.a.W. Planung und Aufbau der Curricula sowie die Bemessung der Studiendauer geht von den Studienbedingungen und Möglichkeiten einer Minderheit der Studierenden, der (ausfinanzierten) Vollzeitstudierenden aus. Daher nimmt es nicht Wunder,

---

<sup>8</sup> Michael Sertl: LehrerInnenbildung im Kontext der unternehmerischen Universität. Kritische Anmerkungen zur Entwicklung der Pädagogischen Hochschulen in Österreich.

In: schulheft 136/2009: Bildungsqualität. Eine verdächtig selbstverständliche Forderung, S. 81 - 97

wenn die prognostizierten Studienzeiten nicht eingehalten werden können. Sie sind einfach realitätsferne.

Wer berufstätig ist, kann auch nicht so einfach die angebotenen Mobilitätsprogramme in Anspruch nehmen, weil sie für den einzelnen u.U. mit zu vielen Nachteilen verbunden wären. Darunter fallen verschiedene einschränkende Bestimmungen im Zusammenhang mit der Studiendauer (Toleranzsemesterregelungen) bei Beihilfen (Sozialstipendien, Familienbeihilfe, etc.), Regelungen, die den neuen Bedingungen nicht angepasst wurden, die Betroffenen ( in erster Linie die sozial Schwächeren) aber unter unnötigen Druck setzen.

Neben dem Faktum der Berufstätigkeit wurde bei der Konzeption der Bologna-Reformen das Phänomen der Massenfächer so gut wie nicht berücksichtigt. Angesichts der steigenden Studierendenzahlen und den sehr zögerlichen Investitionen in die akademische Infrastruktur muss damit gerechnet werden, dass sich für immer mehr Studienrichtungen die Schere von Lehrangebot und Nachfrage öffnet – das trifft bereits für die Slawistik in Wien mit über 2000 Studierenden (WS 2009/10) zu. Das impliziert systemisch Wartefristen für bestimmte (chronisch überlastete) Lehrveranstaltungen, Verlust von Studiensemestern – womit die Planvorgaben hinsichtlich der Studiendauer illusorisch werden. Die vorgegebene unflexible curriculare Struktur (insbesondere der modulare Aufbau) schränkt Handlungsspielräume der Studienrichtungen wie der Studierenden in unerträglichem Maße ein. Der Versuch einiger Studienrichtungen, die Lehre auf das Internet auszulagern (e-learning, Download von Texten, Videos, Audios) kann bestenfalls den traditionellen Typ der Vorlesung entlasten bzw. ersetzen, nicht aber die für den akademischen Lernprozess weitaus wichtigeren diskursiven Lehrveranstaltungen (UE, PS, KO, SE,...). Ob Online-Fernstudien mehr als bloß Nischen besetzen können, ist aus mehreren Gründen fraglich, so ist es z.B. schwer vorstellbar, philologische Studien, naturwissenschaftliche Fächer ua. zur Gänze (selbst mit einigen Pflichtpräsenztagen) „aus der Ferne“ zu absolvieren.

Da aber die reale Studiendauer wie andere quantitative Faktoren (z.B. Drop-out-Quote, Abschlüsse, Mobilität u.a.) für die Bemessung der Ressourcen der Studienrichtungen berücksichtigt wird, ist es notwendig, dass bei ihrer Bemessung alle relevanten Faktoren entsprechend einfließen. Eine Neuüberarbeitung der Curricula muss von den realen Gegebenheiten der Studierenden und der Studienrichtungen ausgehen.

### *Mobilität und Kompatibilität*

Vergleichbarkeit und universelle Kompatibilität sind nur auf einer rein formalen inhaltsleeren Ebene über die „akademische Scheinwährung“ ECTS realisierbar. Wie viele ECTS eine Lehrveranstaltung wert ist, hängt von vielen Zufälligkeiten ab, ein „Wert“, der reichlich willkürlich zustande gekommen ist und alles Mögliche (bis hin zum Bluff) nur keine Objektivität repräsentiert. Eine traditionelle Beschreibung einer Lehrveranstaltung nach Typ (Übung, Seminar, Vorlesung, etc.) und die Angabe der Semesterwochenstunden sagen weit mehr aus als die ECTS-Punktzahl, ja sogar erst diese Daten ermöglichen es abzuschätzen, wie der angegebene ECTS-Wert einer Lehrveranstaltung zu interpretieren ist. Fälschlicher Weise wird unterstellt, dass nur die Berechnung des „working load“ Vergleichbarkeit, Kompatibilität und Anrechenbarkeit von (im In- wie im Ausland abgelegten) Lehrveranstaltungen ohne Berücksichtigung der Inhalte garantiert. Die Einführung der Leistungspunkte ECTS hat jedoch bisher vorwiegend Absurditäten hervorgebracht, diese „akademische Währung“ verschleiert mehr als sie zu messen und objektivieren vorgibt. ECTS ist daher auch kein Hebel für die Steigerung der Mobilität der Studierenden. Darüber hinaus kann das Versprechen einer vollständigen Kompatibilität von Studienleistungen (einer automatischen Anrechenbarkeit) nur dann einlösbar sein, wenn die Studien und ihre Inhalte an den einzelnen Universitäten völlig formal wie inhaltlich identisch strukturiert sind – was kaum je zu erzielen ist und sicherlich auch kein wünschenswertes Ziel sein kann, weil dies zu einem Stillstand und einer Blockie-

rung der Entwicklung von Forschung und Lehre an den einzelnen Universitätsstandorten führen würde. Früher (d.h. vor Bologna) gingen Studierende ins Ausland, nicht in erster Linie mit dem Ziel, dass alle in der Fremde abgelegten Prüfungen angerechnet werden, sondern um dort neue Erfahrungen zu machen, den persönlichen Horizont zu erweitern. Allein diese Erfahrung war den Preis wert, dass u.U. dort absolvierte Lehrveranstaltungen zu Hause nicht anrechenbar waren. Die derzeit laufenden Austauschprogramme sehen Anrechenbarkeit vor bzw. machen Auslandsaufenthalte hinsichtlich des Studienfortganges leichter planbar. Generell sollte man den Begriff der Kompatibilität von Studien(teilen) nicht überdehnen. Vollständige Kompatibilität von Studien ist entweder eine weitgehend irrealer Wunschvorstellung oder schlimmstenfalls eine z.T. grobe Irreführung. Wenn es tatsächlich so wäre, dass Europäischer Hochschulraum bedeutete, dass alle Studien in Europa absolut kompatibel, identisch wären, dann würde ein wesentlicher Anreiz für Mobilität wegfallen. Studien sind nicht entsprechend technischer Normen und Vorgaben zu organisieren, das würde letztlich Stillstand der Entwicklung bedeuten. Von diesen illusionären Zielen abgesehen sind die europäischen Universitäten viel zu unterschiedlich hinsichtlich ihrer akademischen Traditionen und Kulturen, als dass man sie in ein derart einheitliches organisatorisches und curriculares Korsett pressen könnte.

Die Steigerung der Mobilität war und ist ein Ziel der Bologna-Reform, das zumindest in Österreich nicht erreicht wurde. Der Anteil von Absolventen mit Auslandsaufenthalten ist sogar beträchtlich von 24,5% (2000) auf 18 % (2008) gesunken, nur 1,5% der Studierenden sind mobil, auch hier ist die Tendenz fallend. Das Problem dabei ist: Es gibt zu diesem Phänomen bisher keine fundierten Untersuchungen, daher ist es nicht möglich geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen

### *Europäischer Hochschulraum*

Der Europäische Hochschulraum / EHR ist die akademische Ziellandschaft, in der die Bologna-Reformen realisiert werden, also größere Vergleichbarkeit und Vereinheitlichung der Abschlüsse (490 unterschiedliche akademische Abschlüsse in Europa), internationale Wettbewerbsfähigkeit von Hochschulausbildung und Hochschulforschung, Steigerung der Akademikerquote, ein Hochschulzugang ohne soziale Selektion usw. Die Versprechungen und Erwartungen sind hochgesteckt, sie waren bisher jedoch wenig mit der Realität in Einklang zu bringen. Die Gesellschaft erfordert eine differenzierte Hochschullandschaft, die Studierenden sollen wählen können einerseits zwischen klar strukturierten, berufsorientierten Lehrgängen und andererseits offenen und freien Studien. Strikt abzulehnen ist eine Strategie, die Masse der künftigen Akademiker mit – weil budgetschonend zu realisierenden – akademischem Fast-Food, quasi McBologna-Studien abzuspeisen und nur einer wie auch immer definierten Elite den Zugang zu höherer akademischer Bildung – gegen entsprechenden Selbstbehalt – zu ermöglichen.

Der Europäische Hochschulraum sollte in erster Linie Bedingungen garantieren, die es den Studierwilligen erlauben und ermöglichen, an den jeweiligen Standorten eine optimale Qualifizierung zu erlangen und dass sie überall die notwendige Förderung erhalten. EHR sollte optimale Arbeitsbedingungen für Studierende und Lehrende aller Herren Länder garantieren, aufbauend auf der Vielfalt der Studien und Universitäten. Chancengerechtigkeit, soziale Dimension in der Bologna-Erklärung vorwiegend Text geblieben, die sozialen Selektionsmechanismen, der de facto soziale Ausschluss sind in den einzelnen Staaten geblieben.

Je abgehobener die Ziele formuliert werden, desto größer ist der politische Konsens. Interessanter Weise ist aber kaum die Rede davon, dass für die materiellen und personellen Voraussetzungen (Betreuungsverhältnisse) gesorgt sein soll, die die Studierenden als nicht zu unterbietenden Standard vorfinden müssen, um ein Studium erfolgreich bewältigen zu können. Ziel nationaler und europäischer Hochschulpolitik muss es sein, Bedingungen dafür zu schaf-



fen, Studium für alle zu ermöglichen, die es wollen und können. EHR sollte nicht heißen, dass einzelne nationale Bildungs- und Hochschulpolitiken ihre eigenen Aufgaben (aus Kostengründen) mehr oder weniger stillschweigend an andere Länder delegieren. Der EHR müsste als Solidargemeinschaft vorstellbar sein, die ökonomisch schwächeren Ländern in ihrer Hochschul- und Bildungspolitik bei Zeiten wirksam beisteht.

In einem so verfassten EHR dürfte es auch kein Problem sein, beispielsweise für Philologen und insbesondere künftige Fremdsprachenlehrer (curricular einplanbare) Pflichtsemester im Land der Zielsprache sicher zu stellen. Das würde die Qualität der Ausbildung erheblich mehr steigern als alle erdenklichen Formen und Bemühungen des Qualitätsmanagements.

### Schlussbemerkungen oder: Für eine akademische Kulturrevolution

Die Bologna-Pläne waren von euphemistischen Superlativen getragen, 2010 sollten wir schon die Ernte einfahren können. Die Realität ist davon weit entfernt, Frust allerorten und wie in der Finanzwirtschaft haben Schönreden und Verharmlosungen Konjunktur. Aber es ist der Widerstand gegen die herrschende Hochschulpolitik gewachsen. Die Zahl derer nimmt zu, die es satt haben, eine Hochschullehre umsetzen bzw. erdulden zu müssen, die Lehrenden wie Studierenden kaum Spielraum für eine vorausschauende sinnvolle inhaltliche Planung lässt, kurz eine Lehre, die unter den herrschenden Bedingungen eine immer schlechtere Qualität produziert, ja produzieren muss. „Bologna hat den Universitäten als dem akademischen Möglichkeitsraum immens geschadet, weil ihnen viel von diesem akademischen (Frei-)Geist ausgetrieben wurde. Es ist der Ungeist der Standardisierung und Homogenisierung von individuellen Prozessen zwecks möglichst geräuschloser, am besten weltweiter Austauschbarkeit ... Die Bachelor-Massenfabrik lässt Unis zu Schulen mutieren und die Studierenden zu Punktesammlern ...“<sup>9</sup>

Um neue Wege der Hochschulpolitik zu beschreiten, müsste in Österreich wieder einmal etwas stattfinden, das diesen Namen verdient, sich für die Grundanliegen des tertiären Bildungssektors engagiert, die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte anerkennt und gesellschaftliche Verantwortung für dessen Zukunft übernimmt. Es sollte Hochschulpolitik sein, die anknüpfend an den klassischen Bildungsbegriff eine offene Universität zum Ziel hat, die sich in den gesellschaftlichen Prozess einbringt, nämlich eine soziale und demokratische Universität, etwa wie sie der Hans-Böckler-Stiftung in einem Leitbild vorschwebt. Darin heißt es u.a.: „Wir stellen uns eine sich öffnende Hochschule vor, die eine breite Teilhabe an höherer Bildung garantiert und Chancengleichheit verwirklicht. Hochschulen tragen bei zum Erhalt der Lebensgrundlagen, zur Gestaltung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und zur nachhaltigen Verbesserung und Sicherung menschlicher Existenz“.<sup>10</sup> Daraus abzuleiten sind einige

#### *Wünsche an eine (neue) Hochschulpolitik*

- Eine neue Hochschulpolitik postuliert und setzt das Recht auf Bildung gegen die Ökonomisierung von Bildung<sup>11</sup> durch, entzieht der Vorstellung von Bildung als Ware oder Dienstleistung wie jede andere ebenso den Boden wie der simplen Gleichsetzung von industrieller Produktion mit „Produktion von intellektuellem Output“ (und den daraus folgenden planwirtschaftlichen Vorgaben und Messinstrumenten).
- Von einer neuen Hochschulpolitik kann erwartet werden, dass sie sich für starke, selbständige Universitäten mit einer soliden ökonomischen Basis, demokratischer Selbstverwaltung und politischer Autonomie engagiert ...

<sup>9</sup> Lisa Nimmervoll: Pünktchen und Akademia, in: Standard 12.3.2010

<sup>10</sup> Das Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule. Vorschlag für die Hochschule der Zukunft. Hans-Böckler-Stiftung 2010, [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)

<sup>11</sup> Vgl. Wolfgang Lieb: Ökonomisierung von Bildung und Privatisierung von Bildungspolitik – Pädagogische An- und Einsprüche <http://www.nachdenkseiten.de/?p=3036>



- Eine neue Hochschulpolitik getraut sich, couragierte Leitbilder, Visionen und Vorwärtsstrategien zu entwickeln ebenso wie sie bereit ist, offensichtliche Fehlentwicklungen, Illusionen und wenig durchdachte Konzepte vorbehaltlos zu korrigieren.
- Eine neue Hochschulpolitik wird von der gesamtgesellschaftlichen konsensualen Bereitschaft getragen, der Bildung, den Hochschulen, der Wissenschaft Priorität einzuräumen. Sie steht zum Bologna-Ziel, die Akademikerquote auf 50% zu erhöhen, und dazu, dass dafür perspektivisch erhebliche Summen in das Hochschulwesen (aber auch in die AHS) investiert werden.
- Eine neue Hochschulpolitik setzt sich für die Förderung des akademischen Nachwuchses ein ebenso wie für attraktive Arbeitsmöglichkeiten an Universitäten und wissenschaftlichen Forschungsstätten, weil alles andere eine unverantwortliche Vergeudung von Talenten wäre.
- Eine neue Hochschulpolitik macht sich stark für den Ausbau vielfältiger Schnittstellen zwischen AHS und Universität, für sinnvolle Abschlüsse, studierbare Curricula, transparente, plausible Verwaltungsstrukturen, nachvollziehbare Studienvorschriften, usw.
- Eine neue Hochschulpolitik macht sich stark für einen massiven Bürokratieabbau und stellt sich gegen den um sich greifenden Regulierungs- und Standardisierungswahn.
- Eine neue Hochschulpolitik ist bereit zu ernsthaften Diskussionen über die Zukunft der Hochschulen und offen für eine konstruktiv-kritische Zusammenarbeit mit der gesamten akademischen Community.
- ...

Das Gebot der Fairness und Offenheit im Diskurs ist aber auch in der akademischen Community selbst einzulösen. Kritik an Bologna als „Sieg des Raunzertums“<sup>12</sup> lächerlich zu machen oder zu provinzialisieren ist sicherlich kein nützlicher Beitrag, der aus der Hochschulmisere weist, die mittlerweile gesamteuropäische Dimensionen erreicht hat. Angesichtes der Gefahr, dass sich die Politik auf einen Minimalkonsens zurückzieht und damit die Krise prolongiert und sehenden Auges einem weiteren Debakel zusteuert, ist Engagement von allen gefordert diesen Trend umzukehren und Initiativen für eine zukunftsfähige demokratische und soziale Hochschulpolitik zu setzen.

---

<sup>12</sup> Christian Fleck: „Bologna“ made in Austria: Ein Sieg des Raunzertums. In: Standard 12.3.2010